

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1993

Ausgegeben am 19. Oktober 1993

262. Stück

714. Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge (NR: GP XVIII RV 734 AB 1055 S. 118. BR: AB 4535 S. 570)

715. Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge

714.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge

Der Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 16. Oktober 1992

Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Republik Slowenien nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr samt Schlußprotokoll vom 16. Dezember 1954¹⁾, mit der Maßgabe, daß

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 224/1955.

a) Art. 8 des Vertrags lautet:

„Die österreichischen und die slowenischen Gerichte verkehren miteinander durch Vermittlung des Bundesministeriums für Justiz der Republik Österreich und des Ministeriums für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien, soweit im folgenden nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt ist (Artikel 17 Absatz 2).“

b) Art. 9 erster Satz des Vertrags lautet:

„Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen sind in deutscher oder in slowenischer Sprache abzufassen.“

c) Art. 47 des Vertrags lautet:

„Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und das Außenministerium der Republik Slowenien werden einander auf Ersuchen den Wortlaut der in ihrem Staatsgebiet in Kraft stehenden oder in Kraft gestandenen Rechtsvorschriften bekanntgeben und gegebenenfalls Auskünfte über bestimmte Rechtsfragen erteilen.“

d) lit. a) des Schlußprotokolls entfällt;

e) lit. b) des Schlußprotokolls lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Gerichtes“ im Sinne dieses Vertrages sind für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache und für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache zu verstehen.“

2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen in Handelssachen vom 18. März 1960 ¹⁾);

3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltstiteln vom 10. Oktober 1961 ²⁾);

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse vom 27. März 1974 ³⁾);

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die administrative Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten und über die gegenseitige Unterstützung zur Bekämpfung von Zuwanderungen gegen die Zollvorschriften vom 15. März 1978 ⁴⁾), mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 2 lit. b) des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien das Finanzministerium (Zollverwaltung und Zollämter)“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Bundeszollverwaltung und die Zollämter“ treten;

b) in Art. 14 Abs. 3 und 4 des Abkommens die Worte „das/des Finanzministerium/s (Zollverwaltung) der Republik Slowenien“ an die Stelle der Worte „die/der Bundeszollverwaltung“ treten;

c) Art. 14 Abs. 5 des Abkommens lautet:

„Der schriftliche Verkehr zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien findet in der Regel in deutscher und in slowenischer Sprache statt.“

6. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich vom 29. Jänner 1979 ⁵⁾);

7. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 1. Februar 1982 ⁶⁾), mit der Maßgabe, daß

a) Art. 30 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien statt. Der diplomatische Weg wird hiedurch nicht ausgeschlossen.“

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 115/1961.

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 310/1962.

³⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 479/1976.

⁴⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 289/1979.

⁵⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 428/1980.

⁶⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 547/1983.

b) Art. 33 Abs. 1 Z 2 des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache.“

8. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 1. Februar 1982 ¹⁾), mit der Maßgabe, daß

a) Art. 6 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Soweit durch diesen Vertrag nichts anderes bestimmt ist, erfolgt der Schriftverkehr in den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien. Auf diesem Weg verkehren auch die Justizbehörden miteinander.“

b) Art. 9 Abs. 3 lautet:

„Die Anwesenheit eines im Abs. 2 erwähnten Behördenvertreters des ersuchenden Staates bei Rechtshilfeverhandlungen im ersuchten Staat bedarf in der Republik Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz und in der Republik Slowenien des Ministers für Justiz und Verwaltung.“

c) Art. 24 Abs. 1 zweiter Satz des Vertrags lautet:

„Die Auszüge aus dem Strafregister werden zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien ausgetauscht.“

d) Art. 25 des Vertrags lautet:

„Der Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und der Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über ihr Strafrecht, Strafverfahrensrecht und Strafvollzugsrecht.“

e) Art. 27 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Staates“ im Sinne dieses Vertrages ist für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache und für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache zu verstehen.“

9. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Auslieferung vom 1. Februar 1982 ²⁾), mit der Maßgabe, daß

a) Art. 21 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr in Auslieferungs- und Durchlieferungssachen findet, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Öster-

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 542/1983.

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 546/1983.

reich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien statt. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 37 Abs. 1 lit. b) des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache;“

c) Art. 37 Abs. 3 lit. b) des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien die ordentlichen Gerichte, die öffentlichen Anklägerschaften und das Ministerium für Justiz und Verwaltung.“

d) Art. 37 Abs. 4 lit. b) des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien das Innenministerium.“

10. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 25. Oktober 1989 ¹⁾, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 7 Abs. 2 des Abkommens lautet:

„Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der schriftlichen Mitteilung einer der beiden Streitparteien an die andere Streitpartei beigelegt werden, so kann sie auf Antrag des Investors einem Ad-hoc-Schiedsgericht entsprechend der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationalen Handels (UNCITRAL) unterbreitet werden.“

b) in Art. 7 Abs. 3 die Worte „Vergleichs- oder“ entfallen.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wasserwirtschaftliche Fragen der Mur-Grenzstrecke und der Mur-Grenzwässer (Mur-Abkommen) vom 16. Dezember 1954 ²⁾, mit der Maßgabe, daß in Art. 6 Abs. 2 der Anlage I des Abkommens die Worte „beziehungsweise serbokroatisch“ entfallen;

2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien

über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen samt Schlußprotokoll und Anlagen vom 11. Dezember 1962 ¹⁾ in der Fassung der Abkommen vom 28. April 1967 und vom 10. August 1971;

3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die gemeinsame Staatsgrenze vom 8. April 1965 ²⁾ in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 und des Notenwechsels vom 27. Oktober 1979 und 3. März 1980, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 27 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in deutscher und in slowenischer Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in deutscher und andererseits in serbokroatischer oder slowenischer Sprache“ treten;

b) Art. 30 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Die Verhandlungssprachen der Kommission sind Deutsch und Slowenisch.“

c) in Art. 30 Abs. 3 des Vertrags die Worte „in deutscher und in slowenischer Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in deutscher und andererseits in serbokroatischer oder slowenischer Sprache“ treten;

d) in Art. 33 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

e) in den Anlagen A und B des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Bezeichnung des Vertrags durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird, und daß in den genannten Anlagen die Worte „Innenministerium“ bzw. „Laibach“ an die Stelle der Worte „Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ bzw. „Belgrad“ treten;

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967 ³⁾ in der Fassung der Abkommen vom 5. März 1969 und vom 6. September 1974, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 8 Abs. 1 des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Republika-

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 100/1965 idF BGBl. Nr. 173/1968 und 272/1973.

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 229/1966 idF BGBl. Nr. 585/1976 und 288/1981.

³⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 169/1968 idF BGBl. Nr. 82/1970 und 462/1975.

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 152/1991.

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 119/1956.

nischen Sekretariat für Innere Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Slowenien“ treten;

b) in den Anlagen A und B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Bezeichnung des Abkommens durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird;

sowie das Durchführungsübereinkommen zum genannten Abkommen vom 26. September 1968 in der Fassung der Übereinkommen vom 14. Juni 1974, 11. Juli 1977 und 13. Jänner 1986;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Kleinen Grenzverkehr vom 28. September 1967 ¹⁾ in der Fassung der Abkommen vom 5. Februar 1975, vom 24. Mai 1984 und vom 4. November 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 8 Abs. 1 des Abkommens lautet:

„Die Vertragsstaaten werden einander auf diplomatischem Weg mitteilen, welche Behörden zur Ausstellung von Dauergrenzscheinen, Grenzübertrittsscheinen und Grenzübertrittskarten zuständig sind.“

b) in Art. 22 Abs. 2 des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 379/1968 idF BGBl. Nr. 556/1975, 422/1985 und 483/1989.

c) in der Anlage B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 5. Februar 1975 eine neue Ziffer 37 mit der Bezeichnung „Karawankentunnel — Karavanke“ eingefügt und die bisherige Ziffer 37 als Ziffer 38 bezeichnet wird;

6. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Karawankenstraßentunnel vom 15. September 1977 ¹⁾ in der Fassung des Vertrags vom 20. Oktober 1980.

Falls die Republik Slowenien mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Mock m. p.

I.E. Frau
Dr. Katja Boh
ao. und bev. Botschafterin
der Republik Slowenien

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 441/1978 idF BGBl. Nr. 256/1983.

(Übersetzung)

Veleposlaništvo Republike
Slovenije

Dunaj, 16. oktobra 1992

Ekscelenca,

čast mi je potrditi prejem vaše note z dne 16. oktobra 1992, ki se glasi:

„Ekscelenca,

glede na to, da je Republika Slovenija zdaj neodvisna in samostojna država, imam čast predlagati, da v nadaljevanju navedene pogodbe veljajo med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, pri čemer bi se besede „Federativna ljudska republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma „jugoslovanski“ zamenjale z „Republika Slovenija“ oziroma „slovenski“ in bi se vnesle naslednje posamično navedene prilagoditve besedila:

1. Pogodba med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem

Botschaft der
Republik Slowenien

Wien, am 16. Oktober 1992

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 16. Oktober 1992 zu bestätigen, welche folgendermaßen lautet:

„Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Republik Slowenien nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Slowenien und der Republik Österreich in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Vertrag zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über

pravnem prometu skupaj z zaključnim protokolom z dne 16. decembra 1954, s tem da:

a) se 8. člen pogodbe glasi:

„Slovenska in avstrijska sodišča kontaktirajo med seboj s posredovanjem Ministrstva za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznega ministrstva za pravosodje Republike Avstrije, če v nadaljevanju ni izrecno določeno drugače (drugi odstavek 17. člena).“

b) se prvi stavek 9. člena pogodbe glasi:

„Zahtevki za vročitev in pravno pomoč morajo biti sestavljeni v slovenskem ali nemškem jeziku.“

c) se 47. člen pogodbe glasi:

„Ministrstvo za zunanje zadeve Republike Slovenije in Zvezno ministrstvo za zunanje zadeve Republike Avstrije si bosta na zahtevo sporočili besedilo pravnih predpisov, ki so veljali ali veljajo na območju njihove države in si medsebojno v danih primerih tudi pošiljali informacije o določenih pravnih vprašanjih.“

d) odpade alineja a) zaključnega protokola;

e) se alineja b) zaključnega protokola glasi:

„Pod pojmom „jezik sodišča, ki je prejelo zahtevek“, se v smislu te pogodbe razumeta za območje Republike Slovenije slovenski jezik in za območje Republike Avstrije nemški jezik.“

2. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem priznavanju in izvrševanju arbitražnih sodb in arbitražnih poravnav v trgovinskih zadevah z dne 18. marca 1960;

3. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem priznavanju in izvrševanju preživninskih odločb z dne 10. oktobra 1961;

4. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o enakovrednosti zrelostnih spričeval z dne 27. marca 1974;

5. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o administrativnem sodelovanju v carinskih zadevah in o medsebojni pomoči pri preprečevanju kršitev carinskih predpisov z dne 15. marca 1978, s tem da:

a) se v alineji b) 2. člena sporazuma besede „v Socialistični federativni republici Jugoslaviji Zvezna carinska uprava in carinarnice“ zamenjajo z besedami „v Republici Sloveniji Ministrstvo za

den wechselseitigen rechtlichen Verkehr samt Schlußprotokoll vom 16. Dezember 1954, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 8 des Vertrags lautet:

„Die slowenischen und die österreichischen Gerichte verkehren miteinander durch Vermittlung des Ministeriums für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und des Bundesministeriums für Justiz der Republik Österreich, soweit im folgenden nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt ist (Artikel 17 Absatz 2).“

b) Art. 9 erster Satz des Vertrags lautet:

„Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen sind in slowenischer oder in deutscher Sprache abzufassen.“

c) Art. 47 des Vertrags lautet:

„Das Außenministerium der Republik Slowenien und das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich werden einander auf Ersuchen den Wortlaut der in ihrem Staatsgebiet in Kraft stehenden oder in Kraft gestandenen Rechtsvorschriften bekanntgeben und gegebenenfalls Auskünfte über bestimmte Rechtsfragen erteilen.“

d) lit. a des Schlußprotokolls entfällt;

e) lit. b des Schlußprotokolls lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Gerichtes“ im Sinne dieses Vertrages sind für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache und für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache zu verstehen.“

2. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen in Handelssachen vom 18. März 1960;

3. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltstiteln vom 10. Oktober 1961;

4. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse vom 27. März 1974;

5. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die administrative Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten und über die gegenseitige Unterstützung zur Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften vom 15. März 1978, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 2 lit. b des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien das Finanzministerium (Zollverwaltung und Zollämter)“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik

finance (Republiška carinska uprava in carinar-nice)“;

b) se v tretjem in četrtem odstavku 14. člena sporazuma besede „Zvezna carinska uprava“ oz. „Zvezne carinske uprave“ zamenjajo z besedami „Ministrstvo za finance (Republiška carinska uprava) Republike Slovenije“ oz. „Ministrstva za finance (Republiška carinska uprava) Republike Slovenije“;

c) se peti odstavek 14. člena sporazuma glasi:

„Pisno komuniciranje med carinskima upravama pogodbenih strank poteka praviloma v slovenskem in nemškem jeziku.“

6. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o enakovrednosti na področju univerz z dne 29. januarja 1979;

7. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem izvrševanju sodnih odločb v kazenskih zadevah z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se prvi odstavek 30. člena pogodbe glasi:

„Pisno komuniciranje po tej pogodbi poteka med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Diplomatska pot s tem ni izključena.“

b) se prva točka prvega odstavka 33. člena pogodbe glasi:

„za območje Republike Slovenije slovenski jezik.“

8. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o pravni pomoči v kazenskih zadevah z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se prvi odstavek 6. člena pogodbe glasi:

„Če s to pogodbo ni določeno drugače, poteka pisno komuniciranje v zadevah, ki jih ureja ta pogodba, med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Po isti poti komunicirajo med seboj tudi pravosodni organi.“

b) se tretji odstavek 9. člena glasi:

„Za prisotnost v drugem odstavku omenjenega predstavnika upravnih organov države, ki je vložila zahtevek, pri obravnavah pravne pomoči v državi, v kateri je vložen zahtevek, je v Republiki Sloveniji potrebno soglasje ministra za pravosodje in upravo in v Republiki Avstriji zveznega ministra za pravosodje.“

Jugoslavien die Bundeszollverwaltung und die Zollämter“ treten;

b) in Art. 14 Abs. 3 und 4 des Abkommens die Worte „das/des Finanzministerium/s (Zollverwaltung) der Republik Slowenien“ an die Stelle der Worte „die/der Bundeszollverwaltung“ treten;

c) Art. 14 Abs. 5 des Abkommens lautet:

„Der schriftliche Verkehr zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien findet in der Regel in slowenischer und in deutscher Sprache statt.“

6. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslavien und der Republik Österreich über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich vom 29. Jänner 1979;

7. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslavien und der Republik Österreich über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 30 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich statt. Der diplomatische Weg wird hiedurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 33 Abs. 1 Z 1 des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache.“

8. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslavien und der Republik Österreich über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 6 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Soweit durch diesen Vertrag nichts anderes bestimmt ist, erfolgt der Schriftverkehr in den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten zwischen dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich. Auf diesem Weg verkehren auch die Justizbehörden miteinander.“

b) Art. 9 Abs. 3 lautet:

„Die Anwesenheit eines im Abs. 2 erwähnten Behördenvertreters des ersuchenden Staates bei Rechtshilfeverhandlungen im ersuchten Staat bedarf in der Republik Slowenien des Ministers für Justiz und Verwaltung und in der Republik Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz.“

c) se drugi stavek prvega odstavka 24. člena pogodbe glasi:

„Izpiski iz kazenskega registra se izmenjajo med ministrom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in zveznim ministrom za notranje zadeve Republike Avstrije.“

d) se 25. člen pogodbe glasi:

„Minister za pravosodje in upravo Republike Slovenije in zvezni minister za pravosodje Republike Avstrije si medsebojno na zahtevo pošiljata informacije o kazenskem pravu, o kazenskem procesnem pravu in o pravu izvrševanja kazenskih sankcij.“

e) se drugi odstavek 27. člena pogodbe glasi:

„Pod pojmom „jezik zaprosene države“ v smislu te pogodbe je za območje Republike Slovenije treba razumeti slovenski jezik in za območje Republike Avstrije nemški jezik.“

9. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o izročanju z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se drugi odstavek 21. člena pogodbe glasi:

„Pisno komuniciranje v zadevah izročanja in tranzita poteka, če s to pogodbo ni drugače določeno, med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Diplomatska pot s tem ni izključena.“

b) se točka a) prvega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„za območje Republike Slovenije slovenski jezik;“

c) se točka a) tretjega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„v Republiki Sloveniji redna sodišča, javna tožilstva ter Ministrstvo za pravosodje in upravo.“

d) se točka a) četrtega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„v Republiki Sloveniji Ministrstvo za notranje zadeve.“

10. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o pospeševanju in zaščiti investicij, z dne 25. oktobra 1989, s tem da:

a) se drugi odstavek 7. člena pogodbe glasi:

„Če spornega vprašanja po prvem odstavku ni mogoče rešiti v treh mesecih od pisnega sporočila

c) Art. 24 Abs. 1 zweiter Satz des Vertrags lautet:

„Die Auszüge aus dem Strafregister werden zwischen dem Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich ausgetauscht.“

d) Art. 25 des Vertrags lautet:

„Der Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und der Bundesminister für Justiz der Republik Österreich erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über ihr Strafrecht, Strafverfahrensrecht und Strafvollzugsrecht.“

e) Art. 27 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Staates“ im Sinne dieses Vertrages ist für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache und für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache zu verstehen.“

9. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Auslieferung vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 21 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr in Auslieferungs- und Durchlieferungssachen findet, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, zwischen dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich statt. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 37 Abs. 1 lit. a des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache;“

c) Art. 37 Abs. 3 lit. a des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien die ordentlichen Gerichte, die öffentlichen Anklägerschaften und das Ministerium für Justiz und Verwaltung.“

d) Art. 37 Abs. 4 lit. a des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien das Innenministerium.“

10. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 25. Oktober 1989, mit der Maßgabe daß

a) Art. 7 Abs. 2 des Abkommens lautet:

„Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem

ene od strank v sporu drugi, je lahko na zahtevo investitorja predložena ad hoc arbitraži v skladu s poravnalnimi postopkom komisije Združenih narodov za mednarodno trgovinsko pravo (UNCITRAL).“

b) v tretjem odstavku 7. člena se izpustita besedi „poravnanja ili“.

Nadalje imam čast ugotoviti, da navedene radicirane mednarodne pogodbe odslej naprej veljajo v odnosu med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, pri čemer bi se besede „Federativna ljudska republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma „jugoslovanski“ zamenjale z „Republika Slovenija“ oziroma „slovenski“ in bi se vnesle naslednje posamično navedene prilagoditve besedila:

1. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o vodnogospodarskih vprašanjih za mejni tok Mure (sporazum o Muri) z dne 16. decembra 1954 s prilagoditvijo, da se v drugem odstavku 6. člena priloge I sporazuma besedi „oziroma srbohrvaški“ črtata;

2. Sporazum med federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o ureditvi mejnega železniškega prometa skupaj z zaključnim protokolom in prilogami z dne 11. decembra 1962 v besedilu sporazuma z dne 28. aprila 1967 in 10. avgusta 1971;

3. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o skupni državni meji z dne 8. aprila 1965 v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 in izmenjave not z dne 27. oktobra 1979 in 3. marca 1980, s tem da:

a) se v prvem odstavku 27. člena pogodbe v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 besede „po eni strani v srbohrvaškem ali slovenskem in po drugi strani v nemškem jeziku“ zamenjajo z besedami „v slovenskem in nemškem jeziku“;

b) se drugi odstavek 30. člena pogodbe glasi:

„Razpravna jezika komisije sta slovenski in nemški.“

c) se v tretjem odstavku 30. člena pogodbe besede „po eni strani v srbohrvaškem ali slovenskem in po drugi strani v nemškem jeziku“ zamenjajo z besedami „v slovenskem in nemškem jeziku“;

Zeitpunkt der schriftlichen Mitteilung einer der beiden Streitparteien an die andere Streitpartei beigelegt werden, so kann sie auf Antrag des Investors einem Ad-hoc-Schiedsgericht entsprechend der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationalen Handels (UNCITRAL) unterbreitet werden.“

b) in Art. 7 Abs. 3 die Worte „Vergleichs- oder entfallen.“

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Slowenien und der Republik Österreich in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über wasserwirtschaftliche Fragen der Mur-Grenzstrecke und der Mur-Grenzwässer (Mur-Abkommen) vom 16. Dezember 1954, mit der Maßgabe, daß in Art. 6 Abs. 2 der Anlage I des Abkommens die Worte „beziehungsweise serbokroatisch“ entfallen;

2. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen samt Schlußprotokoll und Anlagen vom 11. Dezember 1962 in der Fassung der Abkommen vom 28. April 1967 und vom 10. August 1971;

3. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze vom 8. April 1965 in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 und des Notenwechsels vom 27. Oktober 1979 und 3. März 1980, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 27 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in slowenischer und in deutscher Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in serbokroatischer oder slowenischer und andererseits in deutscher Sprache“ treten;

b) Art. 30 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Die Verhandlungssprachen der Kommission sind Slowenisch und Deutsch.“

c) in Art. 30 Abs. 3 des Vertrags die Worte „in slowenischer und in deutscher Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in serbokroatischer oder slowenischer und andererseits in deutscher Sprache“ treten;

d) se v prvem odstavku 33. člena pogodbe, v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 besede „v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji s strani Zveznega sekretariata za notranje zadeve“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

e) se v prilogah A in B k pogodbi v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 oznaka pogodbe dopolni z napotilom na to izmenjavo not in se v imenovanih prilogah besede „Zvezni sekretariat za notranje zadeve“ oziroma „Beograd“ zamenjajo z besedami „Ministrstvo za notranje zadeve“ oziroma „Ljubljana“;

4. Sporazum med SFR Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o mejni kontroli v železniškem prometu oseb z dne 8. aprila 1967 v besedilu sporazuma z dne 5. marca 1969 in z dne 6. septembra 1974, s tem da:

a) se v prvem odstavku 8. člena sporazuma v besedilu sporazuma z dne 6. septembra 1974 besede „v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji od republiškega sekretariata za notranje zadeve Socialistične republike Slovenije“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

b) se v prilogah A in B sporazuma v besedilu sporazuma z dne 6. septembra 1974 označba sporazuma dopolni z opozorilom na to izmenjavo not; kot tudi izvedbeni sporazum k navedenemu sporazumu z dne 26. septembra 1968 v besedilu sporazuma z dne 14. junija 1974, 11. julija 1977 in 13. januarja 1986;

5. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o maloobmejnem prometu oseb z dne 28. septembra 1967 v besedilu sporazuma z dne 5. februarja 1975, z dne 24. maja 1984 in z dne 4. novembra 1988, s tem da:

a) se prvi odstavki 8. člena sporazuma glasi:

„Državi pogodbenici se bosta po diplomatski poti obvestili, kateri organi so pristojni za izdajanje stalnih obmejnih prepustnic, obmejnih izkaznic in dovolilnic za prehod državne meje.“

b) se v drugem odstavku 22. člena sporazuma besede „v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji s strani Zveznega sekretariata za notranje zadeve“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

c) se v prilogi B sporazuma v besedilu sporazuma z dne 5. februarja 1975 doda nova številka 37 z označbo „Karavanke — Karawankentunnel“ in se dosedanja številka 37 označi kot številka 38;

d) in Art. 33 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

e) in den Anlagen A und B des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Bezeichnung des Vertrags durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird, und daß in den genannten Anlagen die Worte „Innenministerium“ bzw. „Laibach“ an die Stelle der Worte „Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ bzw. „Belgrad“ treten;

4. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. März 1969 und vom 6. September 1974, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 8 Abs. 1 des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Republikanischen Sekretariat für Innere Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Slowenien“ treten;

b) in den Anlagen A und B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Bezeichnung des Abkommens durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird; sowie das Durchführungsübereinkommen zum genannten Abkommen vom 26. September 1968 in der Fassung der Übereinkommen vom 14. Juni 1974, 11. Juli 1977 und 13. Jänner 1986;

5. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über den Kleinen Grenzverkehr vom 28. September 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. Februar 1975, vom 24. Mai 1984 und vom 4. November 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 8 Abs. 1 des Abkommens lautet:

„Die Vertragsstaaten werden einander auf diplomatischem Weg mitteilen, welche Behörden zur Ausstellung von Dauergrenzscheinen, Grenzübertrittsscheinen und Grenzübertrittskarten zuständig sind.“

b) in Art. 22 Abs. 2 des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

c) in der Anlage B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 5. Februar 1975 eine neue Ziffer 37 mit der Bezeichnung „Karavanke — Karawankentunnel“ eingefügt und die bisherige Ziffer 37 als Ziffer 38 bezeichnet wird;

6. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o cestnem predoru skozi Karavanke z dne 15. septembra 1977 v besedilu pogodbe z dne 20. oktobra 1980.

Če se Republika Slovenija strinja z navedenim, bosta ta nota in pritrilna nota — odgovor sestavljali sporazum med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, ki bo začel veljati prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se državi obvestili, da so izpolnjeni potrebni notranjepravni pogoji.

Dovolite mi, ekszellenca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Alois Mock m. p.

Imam čast potrditi, da se Republika Slovenija strinja z vsebino vaše note in da vaša nota in ta nota-odgovor sestavljata sporazum med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, ki začne veljati prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se državi pogodbenici obvestili, da so izpolnjeni potrebni notranjepravni pogoji.

Dovolite mi, ekszellenca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Katja Boh m. p.

Wjegova ekszellenca
dr. Alois Mock
Zvezni minister za zunanje zadeve
Republike Avstrije

Die im Notenwechsel vorgesehenen Mitteilungen über die Erfüllung der erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen wurden am 24. September 1993 abgegeben; der Notenwechsel tritt mit 1. November 1993 in Kraft.

Vranitzky

715. Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge

Der Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 16. Oktober 1992

Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Republik Slowenien nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderati-

ve Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über den Karawankenstraßentunnel vom 15. September 1977 in der Fassung des Vertrags vom 20. Oktober 1980.

Falls die Republik Slowenien mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Slowenien und der Republik Österreich bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Alois Mock m. p.

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Republik Slowenien dem Inhalt Ihrer Note zustimmt und daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Slowenien und der Republik Österreich bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Katja Boh m. p.

S.E. Dr. Alois Mock
Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten
der Republik Österreich

ve Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Notenwechsel zwischen der Österreichischen Botschaft Belgrad und dem Staatssekretariat für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, betreffend den Abschluß eines Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über materielle Hilfeleistung an hilfsbedürftige, in ihre Heimatländer zu repatriierende Personen vom 20. Mai 1964 *);

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 165/1964.

2. Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen von Österreich und der SFR Jugoslawien über die Koordinierung der Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste vom 23. September 1976.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten:

1. Übereinkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wasserwirtschaftliche Fragen an der Drau vom 25. Mai 1954;

2. Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Zugang zur Kirche St. Pankratzen vom 26. April 1967 *);

3. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Bundesvollzugsrat der Versammlung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den alpinen Touristenverkehr im Grenzgebiet vom 18. Juli 1984 **).

Falls die Regierung der Republik Slowenien diesem Vorschlag zustimmt, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Alois Mock m. p.

I. E. Frau
Dr. Katja Boh
ao. und bev. Botschafterin
der Republik Slowenien

Veleposlaništvo Republike
Slovenije

Dunaj, 16. oktobra 1992

Ekscelenca,

čast mi je potrditi prejem vaše note z dne 16. oktobra 1992, ki se glasi:

„Ekscelenca,

glede na to, da je Republika Slovenija zdaj neodvisna in samostojna država, imam čast predlagati, da v nadaljevanju navedene mednarodne pogodbe veljajo v odnosu med vlado Republike Slovenije in Avstrijsko zvezno vlado, pri čemer bi se besede „Federativna ljudska republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma „jugoslovanski“ zamenjale z „Republika Slovenija“ oziroma „slovenski“ in bi se vnesle naslednje posamično navedene prilagoditve besedila:

1. Izmenjava not med Državnim sekretariatom za zunanje zadeve Socialistične federativne republike Jugoslavije in Avstrijskim veleposlaništvom v Beogradu v zvezi s sklenitvijo sporazuma med vlado Socialistične Federativne republike Jugoslavije in Avstrijsko zvezno vlado o materialni pomoči osebam, ki so pomoči potrebne in jih je treba repatriirati v njihovo domovino, z dne 20. maja 1964;

2. Sporazum med upravami za telekomunikacije SFR Jugoslavije in Avstrije o usklajevanju frekvenc v območju 29,7 in 960 MHz za stalne in mobilne radijske službe z dne 23. septembra 1976.

Nadalje imam čast ugotoviti, da navedene radcirane mednarodne pogodbe odslej naprej veljajo v odnosu med vlado Republike Slovenije in Avstrijsko zvezno vlado, pri čemer se besede „Federativna ljudska republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma „jugoslovanski“ zamenjajo z „Republika Slovenija“ oziroma „slovenski“:

1. Sporazum med vlado Federativne ljudske republike Jugoslavije in Zvezno vlado Republike Avstrije o vodnogospodarskih vprašanjih, ki se tičejo Drave, z dne 25. maja 1954;

2. Izmenjava not med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o dostopu do cerkve Sv. Pankracija z dne 26. aprila 1967;

3. Sporazum med Zveznim izvršnim svetom Skupščine Socialistične federativne republike Jugoslavije in Avstrijsko zvezno vlado o alpskem

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 177/1967.

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 43/1985.

turističnem prometu v obmejnem območju z dne 18. julija 1984.

Če se vlada Republike Slovenije strinja s tem predlogom, sestavljata ta nota in vaša potrdilna nota-odgovor sporazum med vlado Republike Slovenije in Avstrijsko zvezno vlado, ki začne veljati prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu; v katerem sta se državi pogodbenici obvestili o izpolnitvi potrebnih notranjepravnih pogojev.

Dovolite mi, ekszellenca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Alois Mock m. p.

Imam čast potrditi, da se vlada Republike Slovenije strinja z vsebino vaše note in da vaša nota in ta nota-odgovor sestavljata sporazum med vlado Republike Slovenije in Avstrijsko zvezno vlado, ki stopi v veljavo prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se državi pogodbenici medsebojno obvestili, da so izpolnjeni potrebni notranjepravni pogoji.

Dovolite mi, ekszellenca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Katja Boh m. p.

Wjegova ekszellenca
dr. Alois M o c k
Zvezni minister za zunanje zadeve
Republike Avstrije

Die im Notenwechsel vorgesehenen Mitteilungen über die Erfüllung der erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen wurden am 24. September 1993 abgegeben; der Notenwechsel tritt mit 1. November 1993 in Kraft.

(Übersetzung)

Botschaft der
Republik Slowenien

Wien, am 16. Oktober 1992

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 16. Oktober 1992 zu bestätigen, welche folgendermaßen lautet:

„Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Republik Slowenien nunmehr ein . . . (es folgt der weitere Text der Eröffnungsnote) . . . Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Alois Mock m. p.

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Regierung der Republik Slowenien dem Inhalt Ihrer Note zustimmt und daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Österreichischen Bundesregierung bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Katja Boh m. p.

S.E. Dr. Alois M o c k
Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten
der Republik Österreich

Vranitzky